

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
KAL/Die PARTEI-Gemeinderatsfraktion
DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/1078**

Eingang: 27.09.2022

Kommunale Sozial-Maßnahmen gegen die Folgen der Inflationskrise: Bädereintritt

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	25.10.2022	32	X	
Sozialausschuss	16.11.2022	1	x	
Gemeinderat	20.12.2022	36	x	

1. Bei den Karlsruher Sozialpässen wird die Eigenbeteiligung für Tickets von Bäderbetrieben von derzeit 50 auf 25 Prozent reduziert.
2. Die Finanzierung dieser Maßnahme erfolgt aus Haushaltsresten von einzelnen Teilhaushalte der Stadt Karlsruhe.
3. Die Stadtverwaltung stellt dar, welche weiteren zusätzlichen Möglichkeiten finanziell benachteiligte Menschen in dieser Krise unterstützen können. Die Stadtverwaltung berichtet zeitnah hierüber in öffentlichen Debatten im Sozial- und Jugendhilfeausschuss.

Begründung/Sachverhalt:

Die Erhöhung der Eintrittspreise bei den städtischen Bädern war vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiepreise und Erhaltungskosten notwendig. Doch soll finanziell benachteiligten Menschen auch weiterhin der Besuch ermöglicht werden. Bäderbesuche sind neben Freizeitgestaltung auch gesundheitsfördernd.

Menschen mit sehr niedrigem Einkommen benötigen in dieser Zeit eine besondere Unterstützung. Die Inflation, insbesondere die gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise, wirken sich bei einem Einkommen an der Existenzgrenze deutlich stärker aus. Auch geringe Beträge, wie die Tickets für Schwimmbäder können dann schon eine zu hohe Belastung darstellen.

Deshalb setzen sich die antragstellenden Fraktionen dafür ein, bei den Karlsruher Sozialpässen die Eigenbeteiligung für Tickets von derzeit 50 auf 25 Prozent zu reduzieren.

Zur Gegenfinanzierung dieser Ausgaben sollen Haushaltsreste verwendet werden. Damit kommen wir nicht in den Zielkonflikt, dass keine zusätzlichen Ausgaben in Folge der Haushaltsstabilisierung erfolgen sollen.

Wir möchten auch die Stadtverwaltung Karlsruhe ermutigen, eigene Ideen zu benennen, wie finanziell benachteiligte Menschen verstärkt in der Krise unterstützt werden könnten. Dazu sollte die Stadt Karlsruhe zeitnah und öffentlich zugänglich in den zuständigen Ausschüssen berichten.

Unterzeichnet von:

Michael Borner

Verena Anlauf

Jorinda Fahringer

Lüppo Cramer

Mathilde Göttel

Karin Binder

Lukas Bimmerle